



Rechtsausschuss

12. Sitzung (öffentlich)

8. November 2006

Düsseldorf - Haus des Landtags

13:30 Uhr bis 16:35 Uhr

Vorsitz: Dr. Robert Orth (FDP)

Protokollerstellung: Günter Labes

Verhandlungspunkte und Ergebnisse:

Seite

1 Gesetz über die Feststellung des Haushaltsplans des Landes Nordrhein-Westfalen für das Haushaltsjahr 2007 (Haushaltsgesetz 2007)

1

Gesetzentwurf der Landesregierung
Drucksache 14/2300

Einzelplan 04 - Justizministerium

1

Vorlagen 14/637 und 14/676

Der Einzelplan 04 wird unter Ausklammerung der Ergänzung Drucksache 14/2850 mit den Stimmen von CDU und FDP gegen die Stimmen von SPD und Bündnis 90/Die Grünen angenommen.

2 Resozialisierung junger erwachsener Straftäter verbessern

5

Antrag
der Fraktion der CDU und
der Fraktion der FDP
Drucksache 14/469

Entschließungsantrag
der Fraktion der SPD
Drucksache 14/541

Entschließungsantrag
der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
Drucksache 14/2634

Ausschussprotokoll 14/225

Vorlagen 14/233 und 14/494

Stellungnahmen 14/498 bis 14/502

Der Antrag von CDU und FDP Drucksache 14/469 wird mit den Stimmen von CDU und FDP gegen die Stimmen von SPD und Bündnis 90/Die Grünen angenommen.

Die Entschließungsanträge Drucksache 14/541 - von der SPD - und Drucksache 14/2634 - von den Grünen - werden jeweils mit den Stimmen von CDU und FDP gegen die Stimmen von SPD und Bündnis 90/Die Grünen abgelehnt.

3 Jugendkriminalität mit wirksamen Maßnahmen begegnen - Möglichkeiten der integrativen Unterbringung von kriminell auffälligen Jugendlichen in geschlossenen Gruppen der Jugendhilfe anstelle von Untersuchungshaft verlässlich aufbauen!

11

Antrag
der Fraktion der SPD
Drucksache 14/1117

Ausschussprotokoll 14/225

Vorlagen 14/233 und 14/494

Stellungnahmen 14/498 bis 14/502

Der Antrag der SPD-Fraktion Drucksache 14/1117 wird mit den Stimmen von CDU und FDP gegen die Stimmen von SPD und Bündnis 90/Die Grünen abgelehnt.

4 Beratungspflicht für Eltern junger Straftäter - Jugendstrafrecht stärken, Prävention ausbauen

13

Antrag
der Fraktion der CDU und
der Fraktion der FDP
Drucksache 14/1546

Der Antrag Drucksache 14/1546 findet mit den Stimmen von CDU und FDP gegen die Stimmen von SPD und Bündnis 90/Die Grünen eine Mehrheit.

Seite

- 5 Prozesskostenhilfe muss verfassungskonform und sozial bleiben!** 14
- Antrag
der Fraktion der SPD
Drucksache 14/2718

Nach einer Aussprache kommt der Ausschuss überein, über diesen Antrag nach Fraktionsstärke bei der nächsten Sitzung abzustimmen.

- 6 Gesetz zur Änderung des Gesetzes über den Verfassungsschutz in Nordrhein-Westfalen (Verfassungsschutzgesetz Nordrhein-Westfalen - VSG NRW)** 18
- Gesetzentwurf der Landesregierung
Drucksache 14/2211
- Stellungnahmen 14/625, 14/628, 14/629, 14/636, 14/639 bis 14/641, 14/645 und 14/650

Der Gesetzentwurf Drucksache 14/2211 wird mit den Stimmen von CDU und FDP gegen die Stimmen von SPD und Bündnis 90/Die Grünen angenommen.

- 7 Bundesratsinitiative zur Dopingbekämpfung starten** 20
- Antrag
der Fraktion der SPD
Drucksache 14/2414

Der Ausschuss verständigt sich darauf, zunächst kein Votum abzugeben und abzuwarten, ob es im Sportausschuss zu der angestrebten parteiübergreifenden Einigung kommt.

- 8 Nordrhein-Westfalens wirtschaftliche und wissenschaftliche Beziehungen zur Volksrepublik China stärken und ausbauen** -
- Antrag
der Fraktion der CDU und
der Fraktion der FDP
Drucksache 14/2496

Der Ausschuss kommt überein, heute kein Votum abzugeben und erst einmal die Bemühungen im federführenden Ausschuss, zu einem gemeinsamen Antrag zu gelangen, abzuwarten.

(Kein Diskussionsprotokoll)

- 9 Sofortiges Einschreiten bei Kindeswohlgefährdung sichern - Handlungsstrategien für einen wirksamen Kinderschutz entwickeln** 20
- Antrag
der Fraktion der CDU und
der Fraktion der FDP
Drucksache 14/2722 (Neudruck)
- Der Antrag Drucksache 14/2722 (Neudruck) wird mit den Stimmen von CDU und FDP gegen die Stimmen von SPD und Bündnis 90/Die Grünen angenommen.
- 10 Abschiebep Praxis bei Frauen in NRW** 21
- Justizministerin Roswitha Müller-Piepenkötter berichtet.
- 11 Organisation des Gerichtsvollzieherwesens/Privatisierung** 23
- Dem Bericht von Justizministerin Roswitha Müller-Piepenkötter folgt eine Aussprache.
- 12 Gesetzentwurf des Deutschen Anwaltsvereins zur Reform der Juristenausbildung - DAV-Entwurf eines Bundesrechtsanwaltsausbildungsgesetzes** 27
- Der Ausschuss nimmt einen Bericht von Justizministerin Roswitha Müller-Piepenkötter entgegen und führt danach eine Aussprache durch.
- 13 Staatsangehörigkeitserfordernis für Notare: Kommission ergreift Maßnahmen, um ordnungsgemäße Umsetzung des EU-Rechts in 16 Mitgliedstaaten zu gewährleisten** -
- Der Ausschuss verständigt sich darauf, den Punkt heute nicht zu behandeln. Der Sprechzettel der Ministerin wird den Ausschussmitgliedern als Vorlage zur Verfügung gestellt.
- (Kein Diskussionsprotokoll)
- 14 Implementierung der Hygiene-Verordnung in den Haftanstalten des Landes** 31
- Nach dem Bericht von Staatssekretär Jan Söffing (JM) werden Fragen des Abgeordneten Sichau beantwortet.

Landtag Nordrhein-Westfalen	V	APr 14/292
Rechtsausschuss		08.11.2006
12. Sitzung (öffentlich)		Is-hoe

Seite

15 Mögliche rassistische Äußerungen eines vorsitzenden Richters am Landgericht Düsseldorf 34

Staatssekretär Jan Söffing (JM) unterrichtet den Ausschuss über den neuesten Stand in dieser Angelegenheit.

16 Verschiedenes -

Der Ausschuss verständigt sich über den Ablauf der auswärtigen Sitzung in Aachen am 13. Dezember 2006.

(Kein Diskussionsprotokoll)
